Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuWe

Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen zum Neuen Wehrdienst

Alida Birke, Johanna Bunde, Louisa Janik,
Dorothee Kochskämper, Anna Lips, Tanja Rusack,
Severine Thomas, Johanna Wilmes
unter Mitarbeit von Neha Weiler & Eric van Santen

Universität Hildesheim
GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN
Universitätsverlag Hildesheim

Impressum

Urheberrechtsvermerk

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Autorinnen bzw. der Autoren unzulässig.

Urheber

JuWe – Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen zum Neuen Wehrdienst

Alida Birke, Johanna Bunde, Louisa Janik, Dorothee Kochskämper, Anna Lips, Tanja Rusack, Severine Thomas & Johanna Wilmes

unter Mitarbeit von Neha Weiler & Eric van Santen

Institutionen

Universität Hildesheim

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Bibliografische Information der DNB

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Open Access

Dieses Werk steht als kostenfrei zugängliche elektronische Veröffentlichung über https://doi.org/10.18442/358 zur Verfügung.

Creative-Commons-Nutzungslizenz

Die elektronische Publikation dieses Werkes ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz „Namensnennung – Nicht kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International"versehen. Weitere Informationen unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/legalcode.de

Verlag

Universitätsverlag Hildesheim, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim
uvredakt@uni-hildesheim.de
https://www.uni-hildesheim.de/bibliothek/universitaetsverlag/
Hildesheim, 2026

Layout und Satz

Louisa Janik

Inhaltsverzeichnis

1 Anlass der Studie **4**

2 Forschungsperspektive: Junge Menschen im Fokus sicherheitspolitischer und generationaler Verschiebungen **5**

3 Forschungsstand **7**

3.1 Einstellung zum Wehrdienst 7

3.2 Eigene Bereitschaft zum Wehrdienst und Gründe der Ablehnung 9

3.3 Von Bevölkerungsbefragungen zu jungen Perspektiven: Der Beitrag der JuWe-Studie 9

4 Studiendesign **11**

5 Ausgewählte Befunde **13**

5.1 Einführung des Neuen Wehrdienstes - ein Thema für junge Menschen . . 13

5.2 Verfügbarkeit von Informationen und tatsächliche Informiertheit junger Menschen 14

5.3 Bewertung des Neuen Wehrdienstes und dessen Notwendigkeit 17

5.4 Positionierung zur eigenen politischen Teilnahme am Wehrdienst und einer Arbeit bei der Bundeswehr 18

5.5 Vertrauen junger Menschen in politische Entscheidungen und Rücksicht auf ihre Perspektiven 18

6 Der Neue Wehrdienst als Prüfstein generationaler und demokratischer Gerechtigkeit **20**

1 Anlass der Studie

Die Einführung des Neuen Wehrdienstes steht im Kontext einer veränderten sicherheitspolitischen Lage und einer Debatte darüber, welche Verantwortung junge Menschen gesellschaftlich übernehmen können und sollen. Für Jugendliche und junge Erwachsene sind diese Diskussionen biografisch hoch relevant, denn die neuen Regelungen können ihre Zukunftsplanungen verändern und verunsichern.

Mit dem am 1. Januar 2026 in Kraft getretenen Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes (WDModG) wurden hierfür neue rechtliche Grundlagen geschaffen. Die neuen Regelungen sehen vor, dass alle 18-jährigen deutschen Staatsbürger*innen einen Fragebogen zur Erfassung ihrer Motivation und Eignung für einen möglichen Dienst bei der Bundeswehr erhalten. Das Ausfüllen des Fragebogens ist für junge Männer verpflichtend, für Personen mit einem anderen amtlich registrierten Geschlechtseintrag freiwillig. Für Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 wird zudem die Musterung wieder verpflichtend eingeführt und schrittweise ausgeweitet. Darüber hinaus ist das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr gem. § 15 WDModG befugt, zum Zweck der Wehrerfassung im automatisierten Abrufverfahren nach den §§ 34a und 38 des Bundesmeldegesetzes personenbezogene Daten von Wehrpflichtigen abzurufen, zu erfassen und weiterzuverarbeiten.

Eine allgemeine Wehrpflicht besteht derzeit zwar nicht, gleichwohl gehen mit dem verschickten Fragebogen, der Wehrerfassung und einer verpflichtenden Musterung neue Formen staatlicher Erfassung und möglicher Inpflichtnahme junger Menschen einher. Die Bundesregierung begründet die Gesetzesänderung mit der verschärften sicherheitspolitischen Lage in Europa und der damit verbundenen Notwendigkeit, die Personalstärke der Bundeswehr an die NATO-Fähigkeitsziele anzupassen. Sollte die vorgesehene Personalstärke nicht wie geplant erreicht werden, kann gemäß den neuen gesetzlichen Regelungen eine verpflichtende Heranziehung zur Schließung der Personallücke genutzt werden (Deutscher Bundestag 2025, S. 1).

Die Neuregelungen zum Wehrdienst betreffen junge Menschen in besonderer Weise, denn sie werden in der aktuellen geopolitischen Situation für verteidigungspolitische Zwecke in die strategische Planung einbezogen und müssen dafür potenziell Eingriffe in ihren Berufs- und/oder Lebensplanungen in Kauf nehmen – wenn sich die geplante Rekrutierung von Soldat*innen nicht über die freiwillige Bereitschaft reguliert. Junge Menschen werden damit Teil eines öffentlichen Diskurses, in dem sicherheitspolitische Bedrohungslagen und die Zuschreibung für junge Menschen, dafür Verantwortung zu übernehmen, miteinander verknüpft werden. So treten junge Menschen in den Fokus sicherheitspolitischer Planungen und es stellt sich die Frage, wie politische Entscheidungen legitimiert werden, die maßgeblich von älteren Generationen getroffen wurden, die davon nicht direkt betroffen sind. Vor diesem Hintergrund wird die Einführung des Neuen Wehrdienstes auch zu einem Gegenstand intergenerationaler Aushandlungen.

Dass die Sorge vor Krieg oder kriegsähnlichen Situationen junge Menschen beschäftigt und belastet, zeigen verschiedene Studien (siehe u. a. Calmbach et al. 2024; Daps/Thomas

2026). Auch im 17. Kinder- und Jugendbericht wird betont, dass junge Menschen angesichts der aktuellen kriegerischen Bedrohungen und Auseinandersetzungen belastet sind (BMFSFJ 2024, S. 58). Die Frage, wie junge Menschen vor diesem Hintergrund die Einführung des Neuen Wehrdienstes erleben, ist bislang jedoch nur begrenzt untersucht worden.

Bisherige wissenschaftliche Befragungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes fokussieren vor allem darauf, Zustimmung oder Ablehnung zu entsprechenden politischen Vorhaben zu erfassen (Brettfeld et al. 2025, S. 7 ff.; Lampe et al. 2025, S. 1 ff.). Noch nicht im Blick ist, welche Einstellung junge Menschen zu den Neuregelungen haben, wie gut sie sich über die Regelungen zum Neuen Wehrdienst im Einzelnen informiert fühlen und wie sie die Beteiligungsmöglichkeiten an dem politischen Entscheidungsprozess zum Neuen Wehrdienst einschätzen. Genau hier setzt die bundesweite Studie „Jugend und Wehrdienst – Perspektiven junger Menschen“ (JuWe) an. Sie fragt danach, wie junge Menschen [1] die neuen Formen der Erfassung und möglicher Verpflichtung deuten, welche politische Legitimation sie damit verbinden und woran sich ihre Haltungen und Erfahrungen knüpfen.

2 Forschungsperspektive: Junge Menschen im Fokus sicherheitspolitischer und generationaler Verschiebungen

In demokratischen Gesellschaften ist es ein rechtlicher und jugendpolitischer Anspruch, dass junge Menschen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention bestmöglich informiert, an Prozessen der politischen Entscheidungsfindung und Ausgestaltung beteiligt und in ihren diversen Lebenssituationen ernst genommen werden, wenn staatliche Entscheidungen unmittelbar in ihre Lebensplanung und Zukunftsperspektiven eingreifen. Gerade im Kontext eines Wehrdienstes ist dieser demokratische Anspruch und schließlich auch dieses Recht junger Menschen besonders ernst zu nehmen, denn hierbei geht es u. a. um die Einflussnahme auf die Freiheitsrechte junger Menschen, ihre Bildungs- und Lebensplanung, im Kern um Fragen von Krieg, Frieden und die Anwendung von Gewalt sowie die Bereitschaft, sich zu einem militärischen Dienst für Deutschland zu positionieren.

Im aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurs scheint die Diskussion um den Wehrdienst in einer allgemeinen Krisendiskussion zu verwischen. Insgesamt ist es angesichts der gesellschaftlichen Krisendiskussionen wenig überraschend, dass Klimawandel, Diskriminierung, Krieg und Inflation zu den Themen gehören, die junge Menschen besonders beschäftigen (Calmbach et al. 2024). Diese Entwicklungen können sich in unterschiedlichen Formen auf junge Menschen auswirken und als materielle Unsicherheit, als Sorge um die eigene und gesellschaftliche Zukunft, als mediale Belastung oder auch als Erfahrung gesellschaftlicher Ausgrenzung relevant werden. Was sich bereits während der Covid-19-Pandemie zeigte und sich in der aktuellen Debatte um den Neuen Wehrdienst

[1] In diesem Text wird von „Jugend“ und „jungen Menschen“ gesprochen. Gemeint sind im Kontext dieser Veröffentlichung Personen zwischen 15 und 30 Jahren.

erneut abzeichnet, ist das Risiko, dass junge Menschen zur Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen beitragen sollen, ohne, dass ihre Perspektiven und die Eigenheiten und Anforderungen der Lebensphase, in der sie sich befinden, explizit in den Blick genommen und gewürdigt werden.

Die Pandemie ist für viele junge Menschen mit dem Erleben von Einschränkung der eigenen Handlungsmacht verbunden (Leven/McDonnell 2024). Die diskursive Bearbeitung der Pandemie hat zumindest in Deutschland auch eine Spannung im Generationenverhältnis deutlicher hervortreten lassen: Jungen Menschen wurde abverlangt, einen erheblichen Beitrag zur gesellschaftlichen Krisenbewältigung zu leisten, ohne dass sie aufrichtig und gleichberechtigt an den dafür maßgeblichen politischen Entscheidungen beteiligt waren.

Auch globale Konflikte und Kriege betreffen Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland trotz räumlicher Entfernung in ihren Lebenswelten, sei es über familiäre oder freundschaftliche Beziehungen in Kriegs- und Krisengebieten, über eigene Erfahrungen mit Fluchtmigration, über die spürbaren wirtschaftlichen Folgen oder über die mediale Berichterstattung und soziale Medien, die Nähe sowie Betroffenheit herstellen können. Auf diese Weise werden Kriege und gewaltsame Konflikte auch im Alltag der jungen Menschen in Deutschland präsent, wodurch sie zu einer emotionalen Belastung werden können (Daps/Thomas 2026). Zugleich verändern sie den politischen Deutungsrahmen, indem Fragen von Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und nicht zuletzt auch militärischer Handlungsbereitschaft und -fähigkeit an Bedeutung gewinnen. Damit sind junge Menschen mit politischen Fragen konfrontiert, die die Zukunft des Landes, in dem sie leben und somit auch ihre eigene Zukunft, unmittelbar berühren. Gerade deshalb ist es von zentraler Bedeutung, wie junge Menschen politische Entscheidungen wahrnehmen, die ihre Gegenwart und Zukunft betreffen.

Aktuelle Jugendstudien zeigen ein differenziertes Verhältnis junger Menschen zur Politik (Albert 2025). Sie interessieren sich vermehrt für politische Fragen (Rottach et al. 2025) und positionieren sich durchaus unterschiedlich und zum Teil auch gegensätzlich. Ihrem politischen Interesse und ihren Positionierungen verleihen junge Menschen auf ganz verschiedenen Wegen Ausdruck - von parteipolitischem Engagement über Protestformen wie den aktuellen Schulstreiks[2] oder digitaler Mobilisierung bis hin zu politischem Rückzug sowie Misstrauen gegenüber demokratisch etablierten Institutionen (Bundesjugendkuratorium 2024, S. 2). Trotz der heterogenen Positionierung junger Menschen zu verschiedenen politischen Themen zeigt sich für alle gleichermaßen, dass sie die Erfahrung machen bzw. wahrnehmen von Entscheidungsträger*innen nicht ausreichend gehört und ernst genommen zu werden und dass sie selbst betreffende Entscheidungen nicht beeinflussen zu können (Schickhardt 2025).

Mit Blick auf die Neuregelungen des Wehrdienstes stellt sich damit in jugendpolitischer wie demokratischer Hinsicht die Frage, wie diese neue Art der Adressierung junger Menschen begründet und vermittelt wird – ob junge Menschen nachvollziehen können, warum diese Regelungen getroffen werden, welche Entscheidungsspielräume ihnen dabei zukommen, welche Folgen die neuen Regelungen nach sich ziehen und inwiefern

[2] https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/ (Zugriff am 08.05.2026)

sich junge Menschen einbezogen fühlen und ihre Perspektiven Gehör finden. Somit ist der Wehrdienst nicht nur ein weiteres Jugendthema. Die Diskussion darum sowie die Positionen, die in den Schulstreiks sichtbar werden, thematisieren vielmehr, wie sich das Verhältnis zwischen Staat und einer jungen Generation unter Krisenbedingungen verschiebt - und werfen damit die Frage auf, unter welchen demokratischen Bedingungen eine Gesellschaft junge Menschen zum Schutz der äußeren Sicherheit im Rahmen eines Wehrdienstes „verpflichten“ kann.

3 Forschungsstand

Bislang liegen vor allem Ergebnisse zu den Einstellungen junger Menschen gegenüber einem Wehrdienst aus allgemeinen Bevölkerungsbefragungen vor, die anlässlich der Einführung des Neuen Wehrdienstes durchgeführt wurden. Diese Studien erfassen Einstellungen zu Wehrdienst, Dienstpflicht und eigener Dienstbereitschaft in der Gesamtbevölkerung – beziehungsweise unter volljährigen Befragten (z. B. Brettfeld et al. 2025; Dollmann et al. 2025; Lampe et al. 2025).

3.1 Einstellung zum Wehrdienst

Erste Veröffentlichungen des Bundesverteidigungsministeriums zu den versendeten und beantworteten Fragebögen zur Wehrerfassung geben einen Hinweis darauf, wie die neuen Regelungen praktisch anlaufen. Bis zum 29. April 2026 wurden demnach 206.000 Anschreiben versandt. Nach einem Erinnerungsschreiben haben schließlich 90 % der angeschriebenen Männer den Fragebogen ausgefüllt. Von Personen anderen Geschlechts, die den Fragebogen freiwillig ausfüllen können, lag die Rücklaufquote bei gut 3 % (BMVG 2026). Etwa die Hälfte der Antwortenden habe signalisiert, Interesse an einem mindestens sechsmonatigen Wehrdienst zu haben (RND 2026).

Aktuelle wissenschaftliche Befragungen zeigen, dass der Wehrdienst in der Bevölkerung kontrovers bewertet wird. Besonders deutlich tritt dabei ein generationaler Unterschied hervor. Die Zustimmung unter älteren Befragten ist demnach höher als bei den jüngeren Altersgruppen, die einem möglichen Wehrdienst biographisch näherstehen.

In einer Befragung volljähriger Deutscher aus dem Sommer 2025 (n=2.112), durchgeführt im Rahmen des Konfliktmonitors der Universität Bielefeld, gaben 52 % der Befragten an, einen „militärischen Dienst“ für junge Menschen grundsätzlich zu befürworten, 31 % sprachen sich klar dagegen aus und 17 % verorteten sich nicht eindeutig. Es zeigten sich hierbei deutliche Altersunterschiede. Unter den 18- bis 24-Jährigen fand ein solcher Dienst mit 32 % die geringste Zustimmung. Bei den über 60-Jährigen hingegen sprachen

sich 67 % dafür aus. Die Zustimmung wuchs mit zunehmendem Lebensalter (Lampe et al. 2025, S. 5f.)[3].

Der Konfliktmonitor nimmt zudem den Zusammenhang zwischen der Bewertung der allgemeinen Sicherheitslage und der Haltung zum Wehrdienst in den Blick. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Bewertung der Sicherheitslage und der Ablehnung des Wehrdienstes ist in der Studienlage nicht erkennbar. Die angenommene Wahrscheinlichkeit eines Angriffs Russlands auf ein NATO-Land beeinflusst schließlich aber die Zustimmung zum Wehrdienst. Die Menschen, die einen Angriff für wahrscheinlicher hielten, zeigten eine signifikant höhere Zustimmung zum Wehrdienst (Lampe et al. 2025, S. 1 ff.).

Auch die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt), in der Personen in Deutschland ab 18 Jahren befragt werden, zeigt, dass die jüngeren Befragten eine allgemeine Dienstpflicht deutlicher ablehnen als Ältere (Brettfeld et al. 2025, S. 6-8). Im Vergleich unterschiedlicher Wehrdienstmodelle erfährt die Aussage „Es sollte für alle Männer und Frauen unter 21 Jahren eine einjährige allgemeine Dienstpflicht geben, die entweder bei der Bundeswehr oder auch im zivilen Bereich geleistet werden kann“, die höchste Zustimmung mit 46,7 %. Einer Wehrpflicht, die für Männer und Frauen gleichermaßen gilt, stimmen 29 % zu. Hier steigt die Zustimmungsrate mit dem Alter der Befragten. Das Modell mit der geringsten Zustimmung (12,1 %) ist eine Wehrpflicht ausschließlich für Männer. Der Aussage, dass es in Deutschland gar keine Dienstpflicht geben sollte, stimmen mit 27,3 % etwa ein Viertel der Teilnehmenden zu. Die Daten zeigen auch hierzu deutlich: je jünger die Befragten, desto eher lehnen sie eine Dienstpflicht grundsätzlich ab (Brettfeld et al. 2025, S. 6-8).

Zu einem ähnlichen Befund gelangt das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM e.V.), das auf Basis des DeZIM.panels 2025 (n=3.691) die öffentliche Stimmung zur geplanten Wiedereinführung der Wehrpflicht von über 18-Jährigen analysiert hat. In dieser Studie sprechen sich 58 % der Befragten für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Die Zustimmungswerte entsprechen den vorgenannten Studienergebnissen grundsätzlich, sind jedoch etwas höher. Wie auch in den anderen Studien variiert die Zustimmung je nach Alter. Von den 18- bis 28-Jährigen stimmen der Wiedereinführung der Wehrpflicht nur 30 % zu, während es bei den über 69-Jährigen 77 % sind. Ab der Altersgruppe zwischen 39 und 48 Jahren spricht sich eine klare Mehrheit für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Männer befürworten die Wiedereinführung stärker als Frauen. Im Vergleich zwischen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund ist die Zustimmung bei Menschen mit Migrationshintergrund geringer (Dollmann et al. 2025, S. 4 f.). Die Einführung eines Gesellschaftsjahres wird in der Befragung von DeZIM von 79 % befürwortet und erhält damit eine breite Zustimmung (ebd., S. 16).

Zusammenfassend lassen die Studienergebnisse erkennen, dass junge Erwachsene einem verpflichtenden Wehrdienst in Deutschland deutlich seltener zustimmen als ältere

[3] Angemerkt werden muss an dieser Stelle, dass aus Sicht der Autor*innen in dem hier zitierten Konfliktmonitor nicht trennscharf zwischen einem freiwilligen und einem verpflichtenden Wehrdienst unterschieden wird.

Erwachsene. Gerade diejenigen Altersgruppen, die von entsprechenden Regelungen am ehesten betroffen wären, bewerten sie zurückhaltender und kritischer. Sichtbar wird hier demzufolge auch, dass die Zustimmung zu einer Wehrpflicht nicht losgelöst von Alter, biografischer Nähe und potenzieller Betroffenheit verstanden werden kann und auch in dieser Hinsicht die Perspektive von jungen Menschen besondere Berücksichtigung finden sollte.

3.2 Eigene Bereitschaft zum Wehrdienst und Gründe der Ablehnung

Neben der allgemeinen Einstellung zum Wehrdienst ist für die Einordnung zentral, ob Befragte selbst bereit wären, einen Dienst zu leisten, denn es zeigten sich wesentliche Unterschiede zwischen einer abstrakten Zustimmung und der eigenen Bereitschaft.

In der MiDInt-Studie wurde gefragt, ob Interesse an einer sechsmonatigen Grundausbildung bei der Bundeswehr besteht. Unter denjenigen, die zum Zeitpunkt der Befragung noch keine Dienstzeit bei der Bundeswehr abgeleistet hatten, gaben 61,6 % der Befragten an, dass dies für sie nicht infrage komme. 24,1 % gaben an, erst darüber nachdenken zu müssen und 14,3 %, ein Interesse an einer Grundausbildung zu haben (Brettfeld et al. 2025, S. 8).

Auch das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung hat die Bereitschaft für den Wehrdienst abgefragt. 23 % aller Befragten gaben hier an, selbst bereit dazu zu sein. Auch hier zeigten sich deutliche Altersunterschiede: Die geringste Zustimmung liegt mit 14 % in der Altersgruppe der 18- bis 28-Jährigen. Der höchste Wert mit 27 % bei den 59- bis 68-Jährigen (Dollmann et al. 2025, S. 5 f.). Mögliche Gründe für die Ablehnung einer eigenen Teilnahme am Wehrdienst wurden mit drei Antwortmöglichkeiten abgefragt. Am häufigsten (58 %) wird die Ablehnung eines Wehrdienstes mit der grundsätzlichen Ablehnung von Gewalt begründet. 38 % sind nicht bereit, ihr „Leben für Deutschland [zu] riskieren“. 6 % sind nicht bereit für die Ableistung eines Wehrdienstes, weil sie sich Deutschland nicht verbunden fühlen. Unterschiede zwischen den Altersklassen lassen sich auch hier feststellen. Die Ablehnungsgründe, Ablehnung von Gewalt sowie das persönliche Risiko wurden primär von Befragten der Altersgruppe 18- bis 38 Jahre gewählt (Dollmann et al. 2025, S. 10 f.).

Insgesamt verdeutlichen die bisherigen Studien damit zweierlei: Erstens unterscheiden sich die allgemeine Zustimmung zum Wehrdienst und die eigene Bereitschaft, einen Wehrdienst abzuleisten, deutlich. Zweitens sind die Zustimmung und Bereitschaft zum Wehrdienst insbesondere in Gruppen, die potenziell betroffen sind, deutlich geringer.

3.3 Von Bevölkerungsbefragungen zu jungen Perspektiven: Der Beitrag der JuWe-Studie

Bisherige Studien liefern wichtige Hinweise und zeigen Unterschiede in den Einstellungen zum Wehrdienst auf. Sie beantworten jedoch nur begrenzt, wie junge Menschen selbst die

neuen Regelungen erleben. Hinzu kommt, dass die aktuelle Studienlage sich auf Personen ab 18 Jahren fokussiert. Junge Menschen unter 18 Jahren bleiben damit unberücksichtigt, obwohl gerade sie absehbar zu denjenigen gehören, für die das Thema auch biografisch relevant wird.

Jugendliche Perspektiven werden derzeit vor allem dort sichtbar, wo junge Menschen und ihre Interessenvertretungen öffentlich intervenieren - in öffentlichen Debatten, Protesten und Stellungnahmen von Jugendverbänden oder Schüler*innenräten. Gegen die Einführung des Neuen Wehrdienstes wurden Demonstrationen und Unterschriftenaktionen organisiert; besonders präsent ist die Bewegung „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Bei einem Streik im März 2026 haben laut Angaben der Veranstalter*innen rund 50.000 Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern in verschiedenen Städten teilgenommen (Deutschlandfunk 2026, o. S.). Bei einem weiteren Streik am 08.05.2026 nahmen der Berichterstattung der Tagesschau vom 8. Mai zufolge erneut Tausende Personen teil. Diese Mobilisierungen verweisen auf Konfliktlinien und Betroffenheit insbesondere in Bevölkerungsgruppen, die unter die Regelungen des Neuen Wehrdienstes fallen, und die eine potentielle Wehrpflicht betreffen könnte. Sie zeigen jedoch nicht, wie verbreitet Sorgen, Ablehnung, Zustimmung oder Unsicherheit unter jungen Menschen insgesamt sind. Ebenso bleibt offen, welche Gruppen sich besonders sichtbar mitteilen, welche Perspektiven weniger offensichtlich sind und wie junge Menschen jenseits organisierter Proteste auf den Neuen Wehrdienst blicken.

Der Deutsche Bundesjugendring lehnt in seiner Stellungnahme zum Referent*innenentwurf des Gesetzes jede Form des verpflichtenden Dienstes, ob zivil oder militärisch, ab. Zentral ist dabei auch die Kritik, dass die Perspektiven junger Menschen nicht systematisch einbezogen worden seien: „Einen derart tiefgreifenden Eingriff in ihre Lebensplanung und Freiheitsrechte ohne aktive Beteiligung vorzunehmen, widerspricht grundlegenden Prinzipien demokratischer Teilhabe“ (Deutscher Bundesjugendring, 2025, S. 1/3).

Mit der vorliegenden Studie geht die Forscher*innengruppe der Studie „Jugend und Wehrdienst“ einen Schritt weiter und greift die Notwendigkeit auf, junge Menschen zu den neuen Regelungen in der Breite zu Wort kommen zu lassen und belastbare Daten einzuholen. Insbesondere ist bislang wenig darüber bekannt, wie junge Menschen den Neuen Wehrdienst wahrnehmen. Diese erste Auswertung greift daher drei analytische Dimensionen auf: **Informiertheit**, **Beteiligungserleben** und **Einstellungen zum Neuen Wehrdienst**. Mit der Dimension Informiertheit wird erfasst, ob junge Menschen die Neuregelungen kennen, verstehen und sich ausreichend über mögliche Folgen und Entscheidungsspielräume aufgeklärt fühlen. Beteiligungserleben fragt danach, wie junge Menschen politische Entscheidungsprozesse erleben. Die Dimension Einstellungen nimmt schließlich in den Blick, wie junge Menschen den Neuen Wehrdienst bewerten.

4 Studiendesign

Die Studie JuWe wurde 2026 als deutschlandweite, quantitative Online-Befragung mit überwiegend geschlossenen Fragen konzipiert. Sie richtete sich an junge Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren und verfolgte das Ziel, deren Informiertheit, Beteiligungserleben und Einstellungen im Kontext der Einführung des neuen Wehrdienstes zu erfassen. Ergänzend wurden Fragen zur allgemeinen Stimmungslage sowie zu aktuellen Sorgen junger Menschen erhoben.

Durchgeführt wurde die Studie vom Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim und dem Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung der Goethe-Universität Frankfurt vom 27. Februar bis zum 27. März 2026. Inhaltlich knüpft die Studie an die Erfahrungen des Forschungsverbundes an, der bereits die coronabezogenen JuCo I–V Studien durchgeführt hat[4].

Die Befragung war als selbstselektive Online-Erhebung angelegt, mit der sich ein repräsentatives Sample nicht realisieren lässt. Um eine möglichst breite und diverse Teilnehmendengruppe zu erreichen, wurde auf unterschiedliche Verbreitungswege gesetzt. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Ansprache über soziale Medien, insbesondere Instagram. Hierfür wurde ein bestehender Forschungs-Account genutzt, um mit jungen Menschen, Initiativen und Organisationen in Kontakt zu treten und auf die Befragung aufmerksam zu machen. Ein QR-Code ermöglichte zudem einen niedrigschwelligen Zugang zum Fragebogen. Darüber hinaus erfolgte die Verbreitung der Studie per E-Mail über ein breites Netzwerk. Mehr als 300 Akteur*innen aus Schulen und Hochschulen, den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, Selbstorganisationen (z. B. von Menschen mit Behinderung oder Careleaver*innen[5]), Jugendinitiativen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden sowie Organe und Gremien der Kinder- und Jugendpolitik wurden kontaktiert und gebeten, den Aufruf weiterzuleiten. Ergänzend wurde die Studie durch Pressemitteilungen der beteiligten Universitäten öffentlich bekannt gemacht.

Die Teilnahme an der Online-Befragung erfolgte freiwillig und anonym. Den jungen Menschen, die über den Link an der Befragung teilgenommen haben, wurde der Umgang mit den Daten in einem Datenschutzkonzept verständlich dargestellt. Falls im Rahmen der Befragung Themen und Emotionen aufkamen, die die jungen Menschen besonders beschäftigen oder belasten, wurde im Rahmen des Fragebogens zu Beginn explizit sowie auf jeder Fragebogenseite auf Unterstützungsangebote verwiesen (z. B. Nummer gegen Kummer und Jugendnotmail). Die Ethikkommission des Fachbereichs I der Universität Hildesheim hat für das Vorgehen der Befragung ein positives Votum erteilt. Zur Wertschätzung der Teilnahme wurden unter den Befragten zehn Gutscheine im Wert von jeweils 20 Euro verlost.

[4] https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico/

[5] Junge Menschen, die einen Teil ihres Lebens in stationären Erziehungshilfen (Wohngruppen oder Pflegefamilien) verbracht haben.

Im Folgenden wird ein Einblick in das Sample der Online-Befragung JuWe gegeben (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: *Samplebeschreibung JuWe*

Bereinigter Datensatz	N = 4.181			
Freie Antworten am Ende des Fragebogens				856
	Alter		**Alter**	
Altersverteilung	15	4,4 %	23	3,6 %
	16	7,5 %	24	3,1 %
	17	13,2 %	25	3,5 %
	18	15,6 %	26	2,7 %
	19	16,4 %	27	2,3 %
	20	11,0 %	28	2,5 %
	21	6,7 %	29	2,0 %
	22	3,9 %	30	1,7 %
Altersdurchschnitt	20,0 Jahre			
Amtliches Geschlecht [6]	weiblich	56,4 %		
	männlich	43,7 %		
Hauptbeschäftigung	Freiwilligen-dienstleisten-de	35,8 %		
	Schüler*innen	24,2 %		
	Studierende	18,9 %		
	Erwerbstätige	11,6 %		
	in Ausbildung	6,4 %		
	andere	3,0 %		

Gewichtung der Daten

Bei der Sichtung der Daten zeigte sich, dass bestimmte Gruppen – etwa Personen im Freiwilligendienst und Personen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit – im Datensatz überrepräsentiert sind. Um mögliche Verzerrungen zu reduzieren und die Aussagekraft der Ergebnisse zu erhöhen, wurde der Datensatz entsprechend gewichtet. Die Gewichtung erfolgte anhand der Merkmale: „Freiwilligen-dienst: ja/nein“, „Deutsche oder andere

Nationalität“ sowie der Kombination von „Bundesland“, „amtliches Geschlecht“ und „Parteipräferenz“.

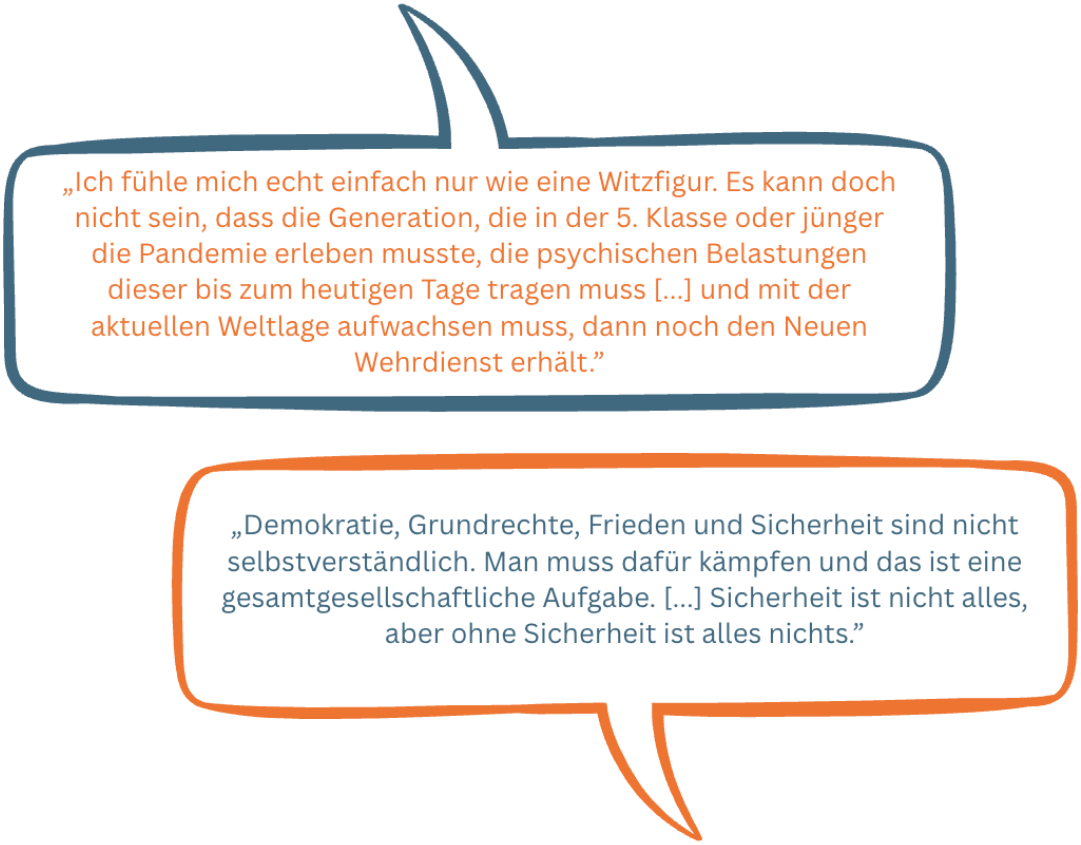
5 Ausgewählte Befunde

Im Folgenden werden erste ausgewählte deskriptive Ergebnisse der quantitativen Online-Befragung JuWe dargestellt. Diese werden ergänzt durch Aussagen von jungen Menschen, die sie in den Freitextfeldern im Fragebogen formuliert haben.

Neben den standardisierten Fragen gab es am Ende der Befragung die Möglichkeit, Anmerkungen, Kritik, Gedanken oder Ähnliches zu den Themen des Fragebogens sowie zu der Befragung insgesamt in einem Freitextfeld festzuhalten: „Wenn du magst, kannst du uns jetzt gerne noch mehr darüber wissen lassen, was du mit dem Thema Wehrdienst verbindest und wie es dir im Moment geht. Was denkst du über den ‚Neuen Wehrdienst‘? Was möchtest du zu dem Thema noch loswerden? Auch freuen wir uns über deine Rückmeldung zum Fragebogen“. Von den 4.181 Fällen im bereinigten Datensatz haben mit 856 ein Fünftel der Personen im Datensample (20,5 %) von dem Freitextfeld Gebrauch gemacht. Die nachfolgend eingebundenen Zitate erfüllen in dieser ersten Publikation keine analytische Funktion. Sie werden ausschließlich zur illustrativen Vertiefung der quantitativen Ergebnisse herangezogen.

5.1 Einführung des Neuen Wehrdienstes - ein Thema für junge Menschen

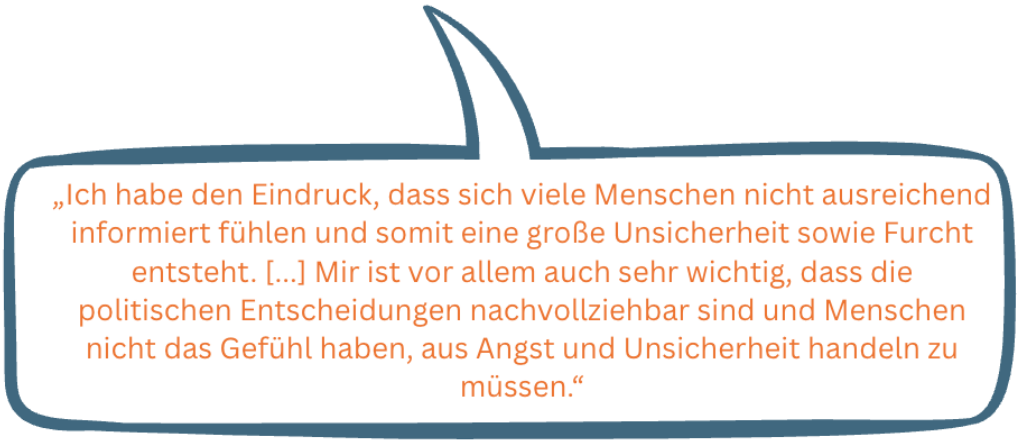
Die Ergebnisse der Befragung unterstreichen die hohe Relevanz, die das Thema Neuer Wehrdienst in der aktuellen Zeit für junge Menschen hat. Über 80 % der Befragten geben an, dass der Neue Wehrdienst sie beschäftigt: Gut ein Drittel (35,1 %) der Befragten beschäftigt das Thema sehr und knapp die Hälfte der Teilnehmenden (47,1 %) beschäftigt es etwas. 13,9 % beschäftigt das Thema eher weniger und 4 % geben an, dass es sie gar nicht beschäftigt. Das Thema Neuer Wehrdienst geht mit sehr unterschiedlichen Haltungen einher – von Überforderung, dem Gefühl kumulativer Belastung bis hin zur Verantwortungsübernahme für die nationale Sicherheit:



5.2 Verfügbarkeit von Informationen und tatsächliche Informiertheit junger Menschen

Junge Menschen haben ein Recht darauf, gut informiert zu werden. Gerade der Wehrdienst stellt für sie einen relevanten Einschnitt im Leben dar, weswegen insbesondere die Informiertheit der jungen Menschen in der Studie abgefragt wurde. Die Teilnehmenden wurden gebeten anzugeben, wie gut sie sich über verschiedene Aspekte des Neuen Wehrdienstes informiert fühlen. Es handelt sich damit nicht um eine Messung tatsächlichen Wissens, sondern um die wahrgenommene eigene Informiertheit.

Es zeigt sich, dass sich der Informationsgrad der Teilnehmenden bezüglich der verschiedenen Teilaspekte des Neuen Wehrdienstes unterscheidet. In Abbildung 1 wird deutlich, dass der Anteil junger Menschen, die sich wenig oder überhaupt nicht über den Neuen Wehrdienst insgesamt informiert fühlen (32,6 %) ähnlich hoch ist wie der junger Menschen, die sich gut oder sehr gut informiert fühlen (33,1 %). Ebenfalls etwa ein Drittel (34,4 %) fühlt sich mittelmäßig informiert.



In der ausdifferenzierteren Abfrage zeigt sich, dass der größere Teil der jungen Menschen sich hinsichtlich der von dem Gesetz betroffenen Zielgruppe (63,9 %) und der Regelungen zu Verpflichtung und Freiwilligkeit (54,1 %) des Neuen Wehrdienstes als gut bis sehr gut informiert beschreibt. Über die Dauer des Neuen Wehrdienstes wissen 43,7 % der Befragten gut oder sehr gut Bescheid.

Bei anderen Aspekten des Wehrdienstes überwiegt hingegen eine geringe Informiertheit. So beschreibt sich der größte Anteil der Befragten als überhaupt nicht oder wenig informiert über den Ablauf des Wehrdienstes (47,9 %), die Einsatzmöglichkeiten nach dem Wehrdienst (47,7 %), die Tätigkeiten im Rahmen eines Wehrdienstes (44,4 %) sowie den Ablauf der Wehrerfassung (35,7 %) und die Musterung (38,6 %).

Auffällig ist, der sehr heterogene Informationsstand im Hinblick auf die Bezahlung des Wehrdienstes. Während 27,0 % der Befragten angeben sich überhaupt nicht gut informiert zu fühlen, gibt ein Drittel an, gut oder sogar sehr gut informiert zu sein.

Insgesamt wird erkennbar, dass, obgleich die Informationen grundsätzlich öffentlich verfügbar und damit potenziell für alle jungen Menschen zugänglich sind, die Einschätzung der eigenen Informiertheit äußerst divers ist. Dies deutet darauf hin, dass die formale Verfügbarkeit von Informationen nicht unbedingt eine tatsächliche Informiertheit zu dem Thema Neuer Wehrdienst gewährleistet.

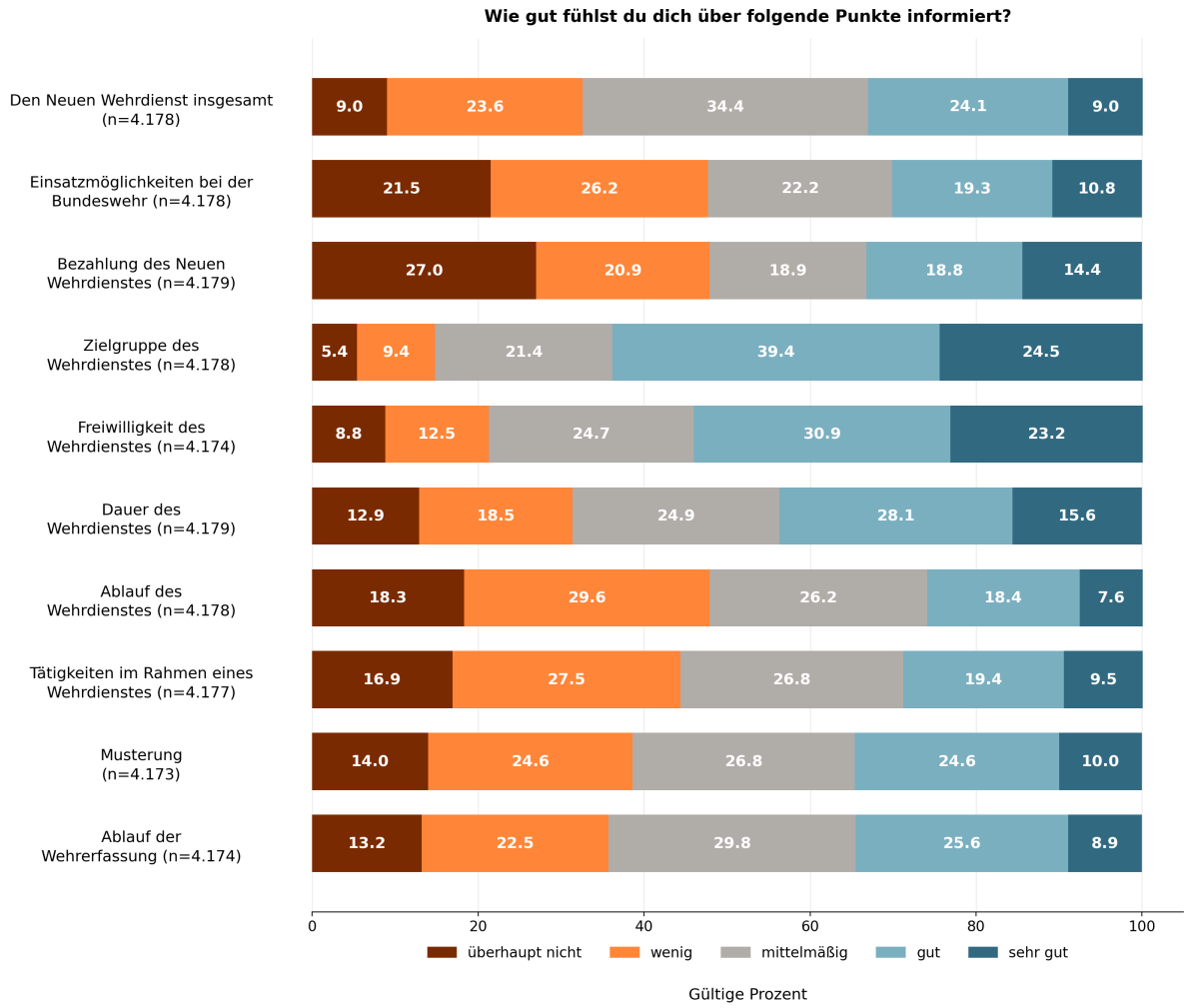


Abbildung 1: Informiertheit über den Neuen Wehrdienst und relevante Teilaspekte

Diese sehr unterschiedlichen Einschätzungen zur Informiertheit über den Neuen Wehrdienst wirken sich auch auf die Möglichkeiten aus, sich zu diesem eine Meinung zu bilden. So geben 58,4 % der Befragten an, sich ausreichend informiert zu fühlen, um sich eine Meinung zu diesem zu bilden, 41,6 % verneinen dies jedoch.

„Ich habe nicht das Gefühl, das junge Menschen gerade dazu befähigt werden sich eine eigene Meinung zu bilden."

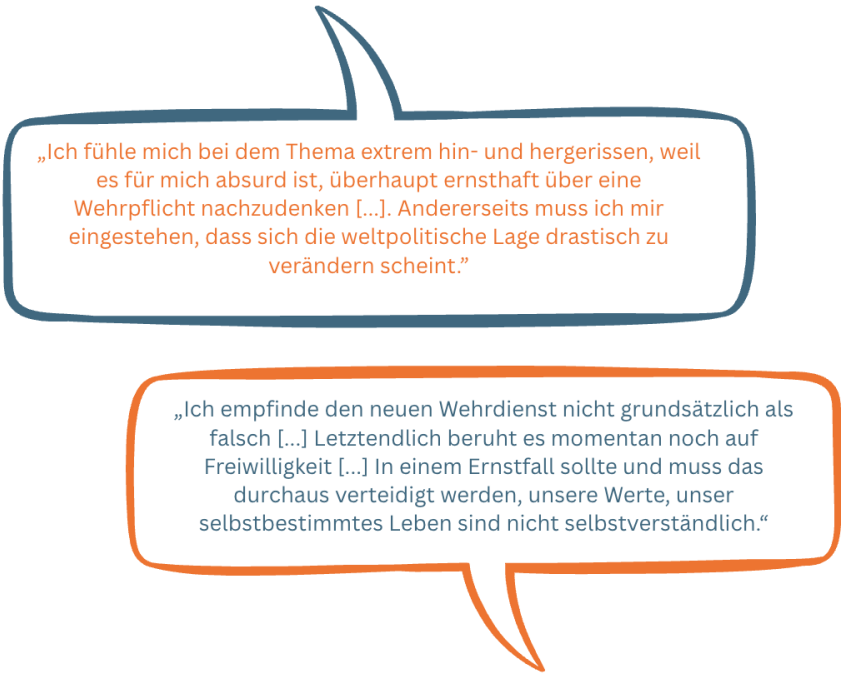
Hinsichtlich der Informiertheit zeigen sich bei den unterschiedlichen Abfragethemen keine konsistenten Alterseffekte. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Gruppe der 18-Jährigen

sich bei den Themen Ablauf der Wehrerfassung, Musterung, Ablauf des Wehrdienstes, Zielgruppe des Neuen Wehrdienstes, Bezahlung des Wehrdienstes, Einsatzmöglichkeiten nach dem Wehrdienst und dem neuen Wehrdienst insgesamt von allen erfassten Altersgruppen am besten informiert fühlt. Auch hinsichtlich der anderen Themen gehören die 18-Jährigen immer mit zu denjenigen, die am ehesten zustimmen, sich informiert zu fühlen.

5.3 Bewertung des Neuen Wehrdienstes und dessen Notwendigkeit

Etwa ein Viertel der Befragten (25,5 %) halten die Einführung des Neuen Wehrdienstes gar nicht, weitere 18,2 % für eher nicht notwendig, 19,9 % halten die Einführung teils für notwendig. Für eher notwendig halten sie 14,5 % und etwas über ein Fünftel (22,0 %) stimmen der Notwendigkeit voll zu.

Die Einführung des Neuen Wehrdienstes finden 29,0 % der Befragten gut; 16,8 % stimmen dieser Aussage voll, 12,3 % eher zu. 18,2 % stimmen teils/teils zu. Demgegenüber lehnen 18,6 % die Einführung eher ab und 34,1 % stimmen der Aussage gar nicht zu.



Die deskriptive Auswertung der Daten zeigt, dass die Einschätzungen zur Notwendigkeit des Neuen Wehrdienstes innerhalb der Gruppe der Befragten breit gestreut sind. Dies lässt sich weniger als schlichte Uneinigkeit verstehen, sondern deutet vielmehr darauf hin, dass viele junge Menschen dem Thema ambivalent begegnen: Sie machen sich angesichts einer komplexen geopolitischen Lage ernsthafte Gedanken und lassen sich nicht einfach einer eindeutigen Pro- oder Contra-Position zuordnen. Dass diese Auseinandersetzung ernsthaft und differenziert erfolgt, zeigen auch die Freitextantworten – und widerspricht

damit dem Bild einer Generation, die politischen Fragen gleichgültig oder unreflektiert gegenübersteht.

5.4 Positionierung zur eigenen politischen Teilnahme am Wehrdienst und einer Arbeit bei der Bundeswehr

Die Bereitschaft zum freiwilligen Wehrdienst ist unter den Befragten unterschiedlich ausgeprägt. Knapp ein Viertel der Befragten (24,9 %) kann sich einen freiwilligen Wehrdienst eher oder voll vorstellen, weitere 10,5 % sind unentschlossen. Demgegenüber schließen 64,7 % der Befragten dies eher oder gänzlich aus. Damit lehnt zwar eine deutliche Mehrheit einen freiwilligen Wehrdienst ab, gleichzeitig zeigt sich aber, dass ein nicht unerheblicher Teil der jungen Menschen dem Thema zumindest nicht klar ablehnend gegenübersteht.

5,6 % der Befragten können sich sehr gut, 6,1 % eher vorstellen, dauerhaft bei der Bundeswehr zu arbeiten. Für 62,4 % ist das gar nicht, für weitere 15,5 % eher nicht vorstellbar. 10,4 % wählen hier die Antwortoption teils/teils.

5.5 Vertrauen junger Menschen in politische Entscheidungen und Rücksicht auf ihre Perspektiven

Das Vertrauen in die Politik ist unter den befragten jungen Menschen nicht besonders ausgeprägt. Nur 18,0 % der Befragten vertrauen eher oder voll darauf, dass die Politik die richtigen Entscheidungen trifft; über zwei Drittel (64,3 %) stimmen gar nicht oder eher nicht zu, der Politik zu vertrauen (siehe Abbildung 2). Besonders ausgeprägt ist die wahrgenommene Distanz zwischen Politik und Lebenswelt: Nur 6,3 % sind der Ansicht, dass Politiker*innen über den Alltag junger Menschen Bescheid wissen, während 78,5 % dies verneinen:

„Ich finde es schade, dass Politik so weit entfernt stattfindet. Es geht nicht mehr darum, das beste für ein Land zu wollen, sondern das beste für die eigene Partei, Ideale und für das persönliche der Politiker. So werden die Meinungen, Ideen und Einstellungen der Jugendlichen, gerade weil sie meistens noch nicht wählen dürfen, ignoriert. Sie muss man nicht mit einem Parteiprogramm locken, man kann einfach über sie hinweg entscheiden. […]“

Die gesetzlichen Neuregelungen zum Wehrdienst betreffen junge Menschen unmittelbar. Diese Situation wirft die Frage auf, inwiefern junge Menschen schließlich auf die damit verbundenen politischen Debatten und Entscheidungen Einfluss nehmen können und ob ihre Perspektiven in der Entscheidung über die Stärkung der Bundeswehr

Berücksichtigung finden. Der Aussage in der JuWe-Befragung, dass Politiker*innen bei Entscheidungen zum Wehrdienst junge Menschen berücksichtigen, stimmen nur 13,6 % der Befragten (eher) zu. Der Großteil der Befragten stimmt der Aussage nicht (39,6 %) bzw. eher nicht (29,8 %) zu. 16,9 %, stimmen teilweise zu.

Ein ähnliches Bild zeigt sich mit Blick auf die Einschätzung der Befragten hinsichtlich der Aussage, dass die Meinung junger Menschen zum Wehrdienst ernst genommen wird. Auch dieser Aussage stimmen lediglich 10,6 % der Befragten zu, während mehr als zwei Drittel (71,4 %) gar nicht oder eher nicht zustimmen.

„[...] Es fühlt sich manchmal sehr unfair für mich als Jugendlicher an. [...] Am Ende sind wir diejenigen, die mit dieser Welt leben müssen, mit einer Welt, bei der wir absolut kein direktes Mitspracherecht haben."

Eine sehr große Zustimmung zeigt sich hingegen bei der Aussage, dass Entscheidungen zum Wehrdienst vor allem durch die Perspektiven älterer Generationen bestimmt sind. Dieser Aussage stimmen fast drei Viertel (74,3 %) der jungen Menschen voll oder eher zu.

Dass dieser Befund von jungen Menschen nicht nur als abstrakte Wahrnehmung, sondern als konkretes demokratisches Problem erlebt wird, unterstreicht die folgende Freitextantwort:

„Die Debatte um den Wehrdienst wird in der Politik (gefühlt) nur von den älteren Semestern geführt. Und auch wenn ich den Ernst der Lage, in der wir uns befinden (Deutschland ist ja nicht wirklich verteidigungsfähig, was aber nach allem, was man hört, auch und vor allem an der mangelhaften Ausrüstung liegt), auf jeden Fall erkenne, hätte man unbedingt vor dem Gesetzesbeschluss die Menschen, die dieser Wehrdienst betreffen sollen, gezielt anhören müssen. Also junge Männer. [...]"

Diese Aussage macht deutlich, dass es jungen Menschen nicht nur um die Frage von Ablehnung oder Befürwortung des Neuen Wehrdienstes geht, sondern um eine ernst-

haft mit jungen Menschen geführte politische Diskussion um geeignete Wege für die Verbesserung der äußeren Sicherheit Deutschlands.

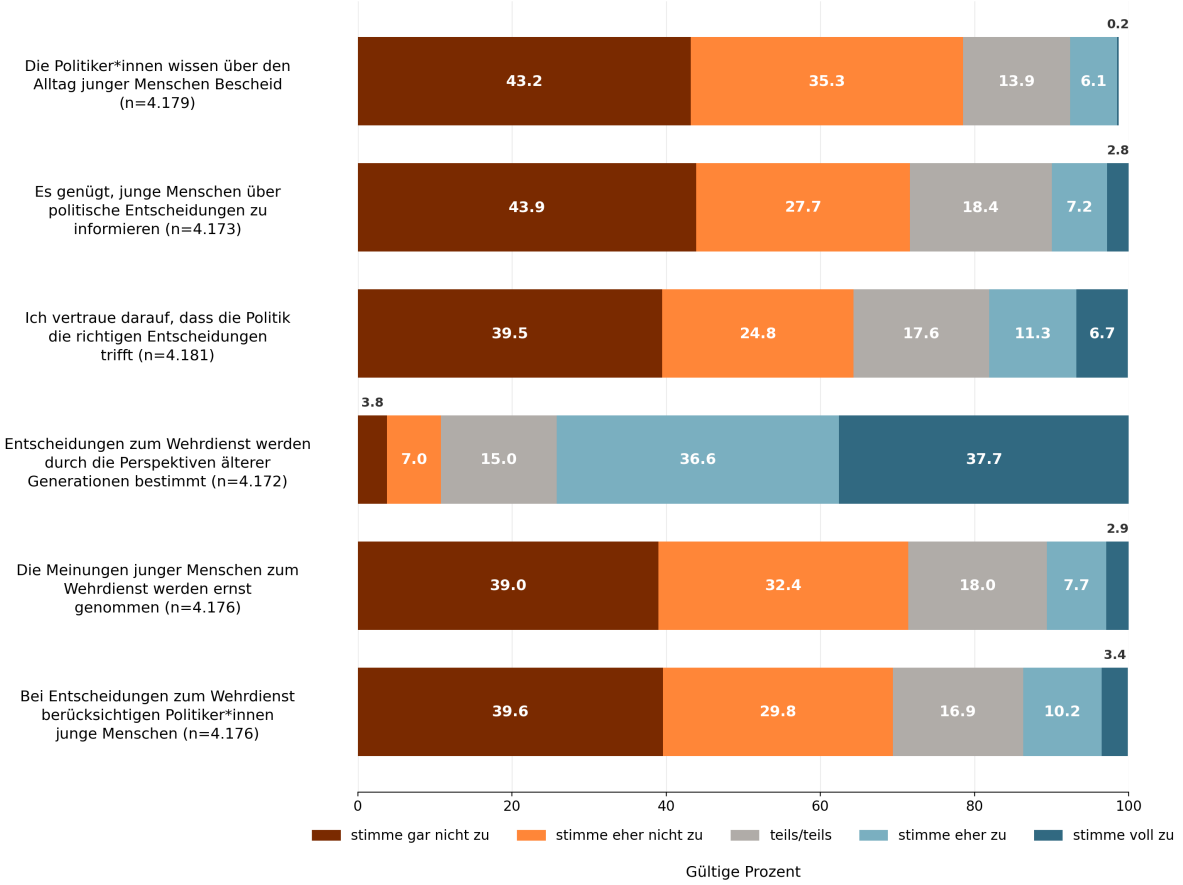


Abbildung 2: Politische Beteiligung

6 Der Neue Wehrdienst als Prüfstein generationaler und demokratischer Gerechtigkeit

Die deskriptiven Analysen der bundesweiten Online-Befragung Jugend und Wehrdienst (JuWe) schließen an einen Forschungsstand an, der bereits deutliche Altersunterschiede in den Einstellungen zum Wehrdienst sichtbar gemacht hat. Verschiedene Befragungen zeigen, dass ältere Befragte entsprechenden Regelungen häufiger zustimmen als jüngere Altersgruppen und dass abstrakte Zustimmung nicht notwendigerweise damit einhergeht, sich selbst für einen Dienst zur Verfügung stellen zu wollen. Die JuWe-Befragung vertieft diese Befunde und greift dabei explizit die Perspektiven von jungen Menschen auf.

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass der Neue Wehrdienst für die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen kein randständiges Thema ist, sondern viele von ihnen beschäftigt. Der Großteil der jungen Menschen nimmt die veränderte sicherheitspolitische Lage ernst und setzt sich mit Fragen der Verteidigungsfähigkeit und auch gesellschaftlicher Verantwortung auseinander. Zugleich lässt sich aus den Daten keine einheitliche Hal-

tung für oder gegen die neuen Regelungen des Wehrdienstes ableiten, vielmehr werden ambivalente und teilweise spannungsreiche Positionen sichtbar. Die eigene Teilnahme am Wehrdienst kommt für mehr als die Hälfte der Befragten nicht infrage; auch aus den Freitexten wird deutlich, dass dies oftmals mit der Ablehnung von Gewalt und Krieg oder mit einer Abwägung persönlicher Risiken zusammenhängt, ebenso wie mit der Auseinandersetzung damit, welche Eingriffe in die eigene Zukunftsplanung als legitim gelten können. Die Befragten bewerten die neuen Regelungen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebenssituation und formulieren zugleich auch Unsicherheiten, die sowohl politisch als auch biographisch hoch bedeutsam sind.

Die Ergebnisse der Studie zur Informiertheit erweitern den bisherigen Forschungsstand ebenfalls. Anhand der Daten wird deutlich, dass sich nur ein Teil der befragten jungen Menschen gut informiert fühlt, obwohl Informationen über den Neuen Wehrdienst formal öffentlich zugänglich sind. Grundlegende Aspekte, wer zur Zielgruppe gehört, sind eher bekannt als Aspekte, die die konkrete Ausgestaltung des Wehrdienstes berühren. Doch gerade mit Blick auf die biografische Relevanz des Themas ist die Notwendigkeit einer umfassenden Informiertheit der jungen Menschen hervorzuheben, weil es hierbei um Entscheidungen geht, die u. a. weitreichende (bildungs-)biografische Konsequenzen haben können. So kann es auch in einem demokratischen Sinne nicht nur vorrangig darum gehen, jungen Menschen den Wehrdienst nahezubringen oder breitere Akzeptanz herzustellen. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Informationen junge Menschen benötigen, um die Reichweite der Neuerungen und auch bestehende Entscheidungsspielräume nachvollziehen und gut aufgeklärt eigene Entscheidungen treffen zu können.

Auch die Befunde zum Beteiligungserleben lassen sich vor diesem Hintergrund einordnen. Die Mehrheit der Befragten nimmt wahr, dass der politische Prozess nicht offen für die Perspektiven von jungen Menschen war und ist und nur ein kleiner Teil hat den Eindruck, dass junge Menschen bei den politischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt oder mit ihrer Meinung ernst genommen wurden. Zugleich sehen viele Befragte die Perspektiven älterer Generationen als besonders prägend für die Debatten um den Neuen Wehrdienst und weitere sicherheitspolitische Fragen.

Damit stellen sich hier auch Fragen politischer Responsivität: Wie werden Entscheidungen legitimiert, deren mögliche Folgen alters- und lebensphasenspezifisch ungleich verteilt sind? Wer verfügt über politische Entscheidungsmacht und wer ist von den Entscheidungen besonders betroffen? Die Wehrerfassung erfolgt aktuell postalisch mit der Adressierung junger Menschen kurz vor oder nach ihrem 18. Geburtstag; die nächste Bundestagswahl erfolgt 2029, rund um ihren 21. Geburtstag. Auch wenn demokratische Verfahren nicht allein auf Wahlen reduziert werden können, ist diese Frage für junge Menschen dennoch relevant, weil sie – und das bildet sich in Jugendstudien breit ab – immer wieder erleben, dass ihre Einflussmöglichkeiten auf für sie weitreichende Entscheidungen deutlich begrenzt ist. Die Bedeutung von Beteiligung erhält in diesem Kontext eine besondere Schärfe, weil hier Entscheidungen getroffen werden, die Fragen von Krieg und Frieden, von gesellschaftlicher Inpflichtnahme junger Menschen, von körperlicher Unversehrtheit und persönlicher Gefährdung berühren. Es ist hervorzuheben,

dass junge Menschen sich durchaus unterschiedlich zur Bereitschaft oder Ablehnung eines Wehrdienstes positionieren – doch unabhängig davon nehmen eben die meisten jungen Menschen wahr, in ihren Fragen, Lebensentwürfen, Meinungen und Haltungen nicht einbezogen und oftmals auch nicht ernst genommen zu werden.

Angesichts von Klimakrise, Staatsverschuldung, ökonomischer Unsicherheit und sicherheitspolitischer Neuordnung werden jungen Menschen Erwartungen zugeschrieben, die mit politischen Versäumnissen und Entscheidungen zurückliegender Jahrzehnte begründet werden können. Dazu gehören etwa Abhängigkeiten in der Sicherheits- und Energiepolitik, ein lange aufgeschobener Umgang mit ökologischen Krisenfolgen oder ungelöste Fragen sozialer und generationeller Gerechtigkeit. Die Bearbeitung dieser Problemlagen wird nun verstärkt in die Zukunft und damit auch in die Verantwortung jüngerer Generationen verschoben.

Mit dem Neuen Wehrdienst wird aus sicherheitspolitisch begründeten Neuregelungen somit ein Prüfstein generationaler und nicht zuletzt auch politischer Gerechtigkeit. Aus den Befunden der Studie Jugend und Wehrdienst lassen sich nur schwer eindeutige Schlussfolgerungen ableiten, wenn vorab nicht auch grundlegende Fragen geklärt sind:

Wie können junge Menschen umfassend informiert werden, ohne sie lediglich als Zielgruppe politischer Kommunikation und Entscheidungsfindung zu behandeln? Wie können junge Perspektiven nachhaltig einbezogen werden, ohne Beteiligung auf nachträgliche Zustimmung oder Ablehnung zu verengen? Und wie lässt sich sicherstellen, dass generationale (und soziale) Unterschiede in der Betroffenheit von Entscheidungen sowie in der Verteilung von Handlungs- und Entscheidungsmacht nicht unsichtbar bleiben oder gar relativiert werden? Unter welchen Bedingungen kann eine - erwachsenenzentrierte - Gesellschaft überhaupt junge Menschen in eine sicherheitspolitische Verantwortung ziehen?

Die Antworten auf diese Fragen hängen auch davon ab, ob junge Menschen politische Begründungen nachvollziehen können, ob sie ausreichend informiert sind, ob ihre Perspektiven einbezogen werden und auch ob die Solidarität, die von ihnen erwartet wird, sowie die Verantwortung, die damit einhergeht, generational und sozial gerecht verhandelt werden. Aus den Befunden der Studie ergeben sich insbesondere Anforderungen an eine demokratische und jugendsensible Gestaltung des Neuen Wehrdienstes. Junge Menschen haben einzulösende Rechte:

- Adressat*innengerechte Informationen: Junge Menschen haben ein Recht auf umfassende Informationen zum Neuen Wehrdienst, seiner konkreten Ausgestaltung sowie möglichen Chancen und Risiken.
- Transparenz über Verpflichtung und Handlungsspielräume: Junge Menschen haben ein Recht darauf, neutral darüber aufgeklärt zu werden, was verpflichtend ist, was freiwillig bleibt, welche Rechte sie im Verfahren haben und welche Folgen mit bestimmten Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen verbunden sind.
- Frühzeitige und nachhaltige Beteiligung: Junge Menschen haben ein Recht darauf, dass ihre Perspektiven frühzeitig in Abwägungen ebenso wie in Fragen der

Ausgestaltung möglicher Modelle und der Bewertung von biografischen Folgen einbezogen werden.

- Generationensensible Prüfung politischer Entscheidungen: Insbesondere, wenn die Folgen einer politischen Entscheidung alters- und lebensphasenspezifisch ungleich verteilt sind, haben junge Menschen ein Recht darauf, dass überprüft wird, wie sich mögliche Verpflichtungen auf ihren Lebensweg etwa mit Blick auf Bildungswege, Ausbildung, Studium, Berufseinstieg oder auch auf familiäre Verantwortung auswirken können.
- Demokratische Begründung sicherheitspolitischer Zumutungen: Junge Menschen haben ein Recht darauf, dass für sie nachvollziehbar begründet wird, warum sie in die Verantwortung gezogen werden und auch welche Alternativen geprüft wurden, gerade, wenn von ihnen Solidarität, die Übernahme von Verantwortung oder perspektivisch auch die Bereitschaft, sich in den Dienst des Landes zu stellen, erwartet wird.

Literatur

[1] Albert, M. (2025): Jugendliche in Deutschland im Spiegel der Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 36–37, S. 9–15. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

[2] Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2025): Wehrpflicht oder Freiwilligendienst? Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und einer „Neuen Wehrpflicht"nach der Zeitenwende. *MOTRA-Spotlight*, 2. https://doi.org/10.57671/MOTRA-2025002

[3] Bundesjugendkuratorium (2024): *Generationengerechtigkeit: Die Rechte junger Menschen in der alternden Gesellschaft stärken! Zur Diskussion gestellt.* https://bundesjugendkuratorium.de/data/pdf/pressemitteilungen/BJK-Diskussionspapier-Generationengerechtigkeit-2024.pdf (Zugriff am 04.03.2026).

[4] Bundesministerium der Verteidigung (BMVG) (2026): Rückläufer Fragebogen neuer Wehrdienst. https://www.bmvg.de/de/presse/ruecklaeufer-fragebogen-neuer-wehrdienst-6101370 (Zugriff am 21.05.2026).

[5] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): *17. Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.* https://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf (Zugriff am 08.05.2026).

[6] Calmbach, M., Flaig, B., Gaber, R., Gensheimer, T., Möller-Slawinski, H., Schleer, C. & Wisniewski, N. (2024): *Wie ticken Jugendliche? 2024: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14–17 Jahren in Deutschland.* Bundeszentrale für politische Bildung.

[7] Daps, M. & Thomas, S. (2026): *JuCo V: Studienergebnisse zum Wohlbefinden Jugendlicher und junger Erwachsener in Krisenzeiten.* Universität Hildesheim. https://doi.org/10.18442/338

[8] Deutscher Bundesjugendring (2025): Stellungnahme zum Referent*innenentwurf des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes. https://www.dbjr.de/artikel/stellungnahme-zum-referentinnenentwurf-des-wehrdienst-modernisierungsgesetzes (Zugriff am 07.04.2026).

[9] Deutscher Bundestag (2025): *Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes (Wehrdienst-Modernisierungsgesetz – WDModG).* Drucksache 21/1853. https://dserver.bundestag.de/btd/21/018/2101853.pdf (Zugriff am 08.05.2026).

[10] Deutschlandfunk (2026): Zehntausende Schülerinnen und Schüler demonstrieren gegen Wehrdienst. https://www.deutschlandfunk.de/zehntausende-schuelerinnen-und-schueler-demonstrieren-gegen-wehrdienst-108.html (Zugriff am 23.04.2026).

[11] Dollmann, J., Jacobsen, J., Köhler, J., Boerschmann, V., Lietz, A. & Zimmermann, S. (2025): *Rückkehr zur Wehrpflicht? Wie junge Menschen über Wehrdienst, Dienst-*

bereitschaft und alternative Gesellschaftsdienste denken (DeZIM Data.insights 19). Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

[12] Greuel, F. (2025): Partizipation von Anfang an. *DJI Impulse*, 3–4, S. 4–11.

[13] Jokerst, S. & Schröer, W. (2025): Beteiligt – aber nicht gleichberechtigt. *DJI Impulse*, 3–4, S. 16–19.

[14] Lampe, D., Zick, A., Skolarski, S., Nowak, A. C. & Rees, J. (2025): *Konfliktfeld Sicherheit: Verteidigung und Wehrpflicht in Zeiten des Krieges.* Universität Bielefeld, ConflictA. https://doi.org/10.4119/UNIBI/3007587

[15] Leven, I. & McDonnell, S. (2024): Jung sein in Zeiten vieler Krisen. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): *Jugend 2024: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt* (S. 227–267). Beltz.

[16] RND – Redaktionsnetzwerk Deutschland (2026): Fragebogenpflicht zum neuen Wehrdienst: 28 Prozent der jungen Männer verweigern Antwort. https://www.rnd.de/politik/neuer-wehrdienst-28-prozent-der-maenner-geben-keine-antwort-NLLEFHXYANCQFD3HWRKVQMRMJM.html (Zugriff am 07.05.2026).

[17] Rottach, A., Wielath, S., Hofmann-van de Roll, F. & Pelzer, M. (2025): *Jugend und Demokratie. Analysen demokratisch relevanter Einstellungen junger Menschen in Deutschland und Europa auf Basis des European Social Survey.* Deutsches Jugendinstitut (DJI). https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/aejp/2025_DJI_AeJP_Infosheet_PartizipationundDemokratie.pdf (Zugriff am 21.05.2026).

[18] Schickhardt, C. (2025): Zum Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in der Politik. Eine kinderethische Analyse. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 36–37, S. 26–32. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

[19] Tagesschau (2026): Tausende protestieren gegen Wehrpflicht. https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/wehrpflicht-proteste-wehrerfassung-100.html (Zugriff am 21.05.2026).